

## KARIKATUR DER WOCHE



## Den Kuchen vergrössern statt Zuwanderer besteuern

*Die Rentenpolitik fokussiert meist auf die Umverteilung von Jung zu Alt. Dabei läuft die wahre Umverteilung von stimmrechtslosen Zuwanderern zu stimmberechtigten Schweizer Familien mit Personen im Rentenalter.*  
**Gastkommentar von Reiner Eichenberger und Patricia Schafer**

Hinsichtlich Sicherung der Altersvorsorge herrscht eine völlige Reformblockade. Zwar ist offensichtlich, dass die langfristige Stabilität der Schweizer Altersvorsorge nur mit steigender Lebensarbeitszeit erreicht werden kann. Aber trotzdem setzen Regierung und Parlament vor allem auf die Mehrbelastung der Arbeitstätigen, erklären die Renten für sakrosankt und versuchen sie im Rahmen von «Kompensationsmassnahmen» sogar noch zu erhöhen. Was geht hier vor?

Manche Politiker argumentieren, eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit bringe nichts, weil die Alten keine Arbeitsstellen fänden. Das halten wir für falsch. Die Schweiz hat heute nicht zu viel, sondern zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte. Die Alterung verschärft den Arbeitskräftemangel noch, indem sie die Gesamtbevölkerung in Relation zu den Arbeitstätigen wachsen lässt. Die Schwierigkeiten von Alten, neue Stellen zu finden, liegen nur bedingt an ihrem Alter.

### Implizite Zuwanderungssteuer

Wichtiger sind verschiedene Regulierungen, die sie für ihre Arbeitgeber teuer machen, und ihre kurze «Restlaufzeit»: Für die Arbeitgeber lohnt es sich oft nicht, Personen einzustellen und aufwendig einzuarbeiten, die schon in wenigen Jahren in Pension gehen. Eine klug angelegte Erhöhung der Lebensarbeitszeit würde deshalb die Arbeitsmarktprobleme der Alten entschärfen.

Der wahre Grund für die Reformblockade dürfte ein bisher vernachlässigter und verschwiegener sein: Die heutige Altersvorsorge ist eine Maschine

**Hohe Rentenzahlungen kommen zumeist den Kindern oder Enkeln in der einen oder anderen Form zu.**

zur Umverteilung von stimmrechtslosen Ausländern zu stimmberechtigten Schweizern. Das heutige Rentensystem bringt eine starke Umverteilung von Jung zu Alt – in der AHV direkt durch das Umlageverfahren, in der zweiten Säule indirekt durch überhöhte Renten infolge überhöhter Umwandlungssätze. Daraus ergibt sich eine Umverteilung von Mitgliedern von Familien mit Personen im Rentenalter zu Mitgliedern von Familien ohne Personen im Rentenalter.

Innerhalb der meisten Familien gibt es einen gut funktionierenden intergenerationalen Finanzausgleich. Dieser findet vor allem in der direkten Linie von Grosseltern, Eltern und Kindern statt. Hohe Rentenzahlungen kommen zumeist den Kindern oder Enkeln in der einen oder anderen Form zu, sei es durch Zuwendung, Schenkung, Vererbung oder weniger Unterstützungsbedarf der Alten.

Somit bringt die Schweizer Rentenpolitik Umverteilung zwischen drei Gruppen von Individuen: Rentnern, Arbeitstätigen mit Eltern mit Schweizer Rentenanspruch und Arbeitstätigen ohne Eltern mit Schweizer Rentenanspruch. In der Schweiz arbeiten viele hunderttausend Zuwanderer, die keine Eltern mit Schweizer Rentenansprüchen haben. Damit sind sie Nettozahler, haben aber kein Stimmrecht und politisch kaum Gewicht.

### Die richtigen Anreize setzen

Auf der anderen Seite haben die Rentner als Hauptprofiteure hoher Renten ein hohes politisches Gewicht. Die meisten sind als Schweizer geboren oder vor langer Zeit eingewandert und eingebürgert worden. Mit der hohen Zuwanderung wächst somit die Zahl der stimmrechtslosen Arbeitstätigen ohne Rentner-Eltern, und mit der steigenden Lebenserwartung wächst die Zahl der stimmberechtigten Rentner und so auch der stimmberechtigten Arbeitstätigen mit Rentner-Eltern.

Damit läuft die Umverteilungswirkung einer Politik mit hohen Renten und hohen Beitragsätzen systematisch von den oft stimmrechtslosen Arbeitstätigen ohne Rentner-Eltern zu den zumeist stimmberechtigten Rentnern und ihren Kindern. Oder anders gesagt: Das heutige Rentensystem ist eine implizite Zuwanderungssteuer.

Somit ist die heutige auf den ersten Blick unvernünftige Rentenpolitik wenigstens aus Sicht der Stimmberechtigten gar nicht so unvernünftig. Die Umverteilungswirkung erklärt auch, weshalb die Blockade die Rentenpolitik nach der Jahrhundertwende betrifft. Der Einwand, die Wähler durchschauten den Umverteilungsmechanismus doch nicht, ist hinfällig. Denn das müssen sie gar nicht. Sie spüren ihn im Portemonnaie.

Die bisher in Politik, Öffentlichkeit und Akademie intensiv diskutierten Vorschläge zur Erhöhung des Rentenalters sind alle mit einer Reduktion der Umverteilung von Zuwanderern zu Inländern und damit mit einer Schlechterstellung vieler Wähler verbunden. Damit haben sie

kaum Chancen bei den Wählern – solange nicht entweder die Zuwanderer viel schneller das Stimmrecht erhalten oder die heutige implizite Besteuerung der Zuwanderer durch das Altersvorsorgesystem durch eine explizite Zuwanderungsabgabe ersetzt wird.

Die gesamtwirtschaftlich notwendige Erhöhung der Lebensarbeitszeit bedingt deshalb eine Reform, die zugleich Jung und Alt und damit Zuwanderer und Inländer besserstellt. Wir vertreten deshalb das Rentenreformmodell «Safe AAA» – die Sicherung der Altersvorsorge durch freiwillige Erwerbsarbeit im Alter dank Anreizen. Es macht die Arbeit im Alter attraktiver und erhöht die Lebensarbeitszeit ohne jeden Zwang. Es besteht aus drei Elementen:

**Erstens: Rentenaufschub mit Beitragsrabatt.** Rentenaufschub soll nicht wie heute durch höhere Rentenzahlungen in ferner Zukunft, sondern mit einem fairen Rabatt auf die Beiträge an die erste und die zweite Säule belohnt werden. Weil ein Rentenaufschub die Zahl der verbleibenden Beitragsjahre steigert und die Zahl der Rentenjahre senkt, können die Rabatte enorm attraktiv sein. So könnte man Arbeitnehmern, die sich mit 60 für die Rente «erst» ab 67 entscheiden, von 61 bis 67 die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge weitgehend erlassen.

**Zweitens: Teilbesteuerung von Altersarbeit.** Die Steuern und Abgaben auf Einkommen aus Arbeit über einem gewissen Alter (z. B. 67) sollen stark gesenkt werden, was Rentnern wirksame Anreize zum Weiterarbeiten gäbe.

**Drittens: Steuermehreinnahmen für Altersvorsorge.** Unter den vorgeschlagenen Bedingungen würden viele ältere Personen freiwillig wesentlich mehr als heute arbeiten und so insgesamt weit mehr Einkommens-, Vermögens- und Mehrwertsteuern als bisher bezahlen. Diese Mehreinnahmen sollten nicht in die allgemeine Staatskasse, sondern gezielt in die Altersvorsorge fliessen.

Während bisherige Rentenreformvorschläge auf einen Abbau der Umverteilung von Jung zu Alt und somit der Umverteilung von Zuwanderern zu Einheimischen und einer «Umverteilung des Kuchens» zielten, setzt das Modell «Safe AAA» auf eine «Vergrösserung des Kuchens», indem es die Anreize für Altersarbeit verbessert. Diejenigen, die dank der Reform länger arbeiten, sind nicht Verlierer, sondern Gewinner, da sie freiwillig länger arbeiten. Zudem leisten sie einen Beitrag an die Stabilität des gesamten Rentensystems, weil sie dank ihrer Mehrarbeit mehr Steuern und Abgaben bezahlen. Somit nützt das Modell allen: den Alten und Jungen, den lange und kurz Arbeitenden sowie den Inländern und Zuwanderern.

**Reiner Eichenberger** ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor von Crema; **Patricia Schafer** ist Diplomassistentin und Doktorandin am Lehrstuhl für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.